# Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode

Drucksache 7/4908

22, 03, 76

Sachgebiet 201

## **Antrag**

des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

zu dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

— Drucksachen 7/910, 7/4494, 7/4798 —

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Dr. Schäfer

(Tübingen)

Berichterstatter im Bundesrat: Minister Dr. Schwarz

### Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 212. Sitzung am 15. Januar 1976 beschlossene Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) — Drucksachen 7/910, 7/4494 — wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefaßten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschuß beschlossen, daß im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Bonn, den 18. März 1976

Der Vermittlungsausschuß

Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller

Dr. Schäfer (Tübingen)

Dr. Schwarz

Vorsitzender

Berichterstatter

#### **Anlage**

## Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

#### 1. Zu § 1 Abs. 2 a — neu —

In § 1 wird folgender Absatz 2 a eingefügt:

"(2 a) Für die Ausführung von Bundesrecht durch die Länder gilt dieses Gesetz nicht, soweit die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden landesrechtlich durch ein Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt ist."

#### 2. Zu § 5 Abs. 2

In § 5 Abs. 2 Satz 2 wird das Wort "befugt" durch das Wort "verpflichtet" ersetzt.

#### 3. Zu § 92 Abs. 3

In § 92 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

"Über die Zuteilung der letzten Wahlstelle entscheidet bei gleicher Höchstzahl das vom Leiter der Wahl zu ziehende Los."

#### 4. Zu § 94

In § 94 wird folgender Satz angefügt: "Rechtsvorschriften der Länder, die entsprechende Regelungen bereits enthalten, bleiben unberührt."

#### 5. Zu § 97 (Anderung der VwGO)

In § 97 wird nach Nummer 2 folgende Nummer 2 a eingefügt:

#### ,2 a. § 137 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- "(1) Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das angefochtene Urteil auf der Verletzung
- 1. von Bundesrecht oder
- einer Vorschrift des Verwaltungsverfahrensgesetzes eines Landes, die ihrem Wortlaut nach mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes übereinstimmt,

beruht." '

#### 6. Zu § 103 Abs. 2

In § 103 Abs. 2 werden nach dem Wort "Ermächtigungen" die Worte ", § 34 Abs. 5" eingefügt.